

Umstrittene Ohren-Akupunktur CHRONIK Seite 11Nicht ganz bereinigte Causa Jukic SPORT Seite 18

derStandard.at/Inland



Ihre Zukunft und ihre Gegenwart als Schüler stand am Mittwoch auf dem Stundenplan im Parlament. Öfter als das Wort Schüler fiel jedoch das Wort Lehrer.

Foto: APA/Pfarrhofer

## Nachsitzen im Parlament und einen Elchtest machen

BZÖ und Team Stronach versuchten, der Koalition im Parlament bei einer Sondersitzung deren eigenen Entwurf für ein neues Lehrerdienstrecht unterzujubeln. Erfolglos. SPÖ und ÖVP verteidigten die rot-schwarze Bilanz und vertagen das Problem auf nach der Wahl.

Lisa Nimmervoll

Wien – Um elf Uhr läutete die Glocke im Hohen Haus die Abgeordneten ins Plenum. Auf dem Programm: Sondersitzung zum Thema Lehrerdienstrecht oder: Nachsitzen im Nationalrat. Aktuelles Wunschfach des Team Stronach (TS), das bei der Gelegenheit von Unterrichtsministerin Claudia Schmied (SPÖ) einen Test mit dem Titel „Politik raus aus der Schule – Nicht genügend für Rot-Schwarz“ und 27 Fragen zur Bildungspolitik vorlegte.

TS-Klubchef Robert Lugar verwies darauf, dass im Schulbereich „seit 26 Jahren einiges im Argen liegt“, als Zeugin für „damals“ wurde die damalige Unterrichtsministerin Hilde Hawlicek (SPÖ), die auch schon Reformbedarf geäußert hatte, angeführt. Für das schlechte Abschneiden der österreichischen Schüler bei internationalen Bildungstests macht er nicht zuletzt das Hineinregieren der Politik in die Schulen verantwortlich: „Wir brauchen diesen politischen Proporzstaat nicht.“

Mit später von anderen Fraktionen heftig kritisierten Worten formulierte Lugar sein Unbehagen am Status quo. 16.000 Schüler verließen die Pflichtschule quasi als Teilanalphabeten, ohne ordentlich lesen und rechnen zu

können. Oder, umgelegt auf die rot-schwarze Legislaturperiode: „In den letzten fünf Jahren haben wir 80.000 Menschen produziert, die praktisch vom Arbeitsmarkt nicht verwertbar sind.“ Ein Vergleich mit einer Firma, „die 25 Prozent Ausschuss produziert“, wurde mit empörten Zwischenrufen aus den Reihen von BZÖ und ÖVP quittiert und danach auch

von Ministerin Schmied scharf zurückgewiesen.

Sie verteidigte ihre Arbeitsbilanz und den ohne Ja der Gewerkschaft in Begutachtung geschickten Dienstrechtsentwurf (der Rechnungshof fragt sich in seiner Stellungnahme übrigens, wie die „beträchtlichen finanziellen Mehraufwendungen“ zu einer adäquaten Steigerung der Schülerleistungen führen sollen). Schmied erinnerte aber auch an die Koalitionsrealität: „Das ist das Ergebnis des Machbaren.“

Die Grenzen des Machbaren ergeben sich in dem Fall durch den Regierungspartner ÖVP, für den Bildungssprecherin Christine Ma-

rek erneut vor „kommunistischen“ Planspielen – ob Zwangskindergarten ab einem Jahr, wie die ÖVP plakatiert, oder Ganztagschule als Zwang statt Angebot zur Wahl – und der Zerschlagung der „bewährten Gymnasien“ warnte. Marek sagte aber auch – immerhin haben SPÖ und ÖVP 62 Projekte gemeinsam realisiert –, dass „in fünf Jahren sehr sehr viel passiert ist“, auf das sie „stolz“ sei.

FPÖ und Grünen starteten dann jeweils aus ihrer Ecke quasi einen Zangenangriff auf die ÖVP. Walter Rosenkranz nahm den Schwarzen das Nein zur Gesamtschule nicht ganz ab (drei Landeshauptmänner im Westen sind ja bereits

offen dafür). Harald Walser riet der Volkspartei, sich bei befreunden Parteien im Ausland umzusehen, in Polen, Bayern oder Südtirol, die mit Schulreformen und Gesamtschule erfolgreich fahren.

Das BZÖ nutzte den außertourlichen Parlamentstag für einen „Abstimmungselchtest für die Regierung“, wie Parteichef Josef Bucher sagte. Die Orangen brachten die Regierungsvorlage für ein neues Lehrerdienstrecht, das SPÖ und ÖVP ja im Ministerrat einstimmig beschlossen haben, mittels Fristsetzungsantrag ein. Denn das orange Bündnis wäre gern behilflich gewesen, eine noch größere Mehrheit dafür zu beschaffen. Sollte die Koalition dem so quasi untergejubelten eigenen Antrag nicht zustimmen, wäre ihr „billiger Vorwahlbluff“ enttarnt.

Glück auf!

Mit einem „herzlichen gewerkschaftlichen ‚Glück auf!‘“ gab es auch einen thematisch passenden Abschied: Der oberste Beamtenwerkschaffter Fritz Neugebauer (ÖVP) nutzte seine Abschiedsrede zu einem letzten lauten Nein zum vorliegenden Lehrerdienstrechtsentwurf. Aber die Hoffnung lebt. Denn wie zu erwarten bestanden SPÖ und ÖVP den „Elchtest“ – in ihrem Sinne: Dem orangen Hindernis wichen sie gemeinsam aus und bewiesen so zumindest, dass die Fahrstabilität des rot-schwarzen Koalitionsgefährts noch intakt ist. Der Fristsetzungsantrag des BZÖ wurde von der Koalition niedergestimmt, ein Entschließungsantrag des Teams Stronach von allen anderen Fraktionen.

## Rektoren verlangen mehr Freiheiten

Universitätenkonferenz will von neuer Regierung Autonomieausbau und mehr Budget

Wien – Die Autonomie sei das „höchste Gut“ für die Universitäten, meinte Rektor Heinrich Schmidinger (Uni Salzburg), als er am Mittwoch die Forderungen der Universitätenkonferenz (Uniko) an die nächste Regierung präsentierte. Schmidinger verlangt einen „zusätzlichen Ausbau der Autonomie“, der durch „anlassbezogene Novellierungen“ nicht geschwächt werden darf. Über Themen wie Studiengebühren oder Platzbeschränkungen sollen die Universitäten selbst entscheiden.

Geht es um die Finanzierung so möchte Schmidinger, dass das vom Nationalrat vorgegebene Ziel,

zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (derzeit 1,43 Prozent) für die Finanzierung des tertiären Sektors aufzuwenden, „verbindlich geregelt“ und somit in das Bundesfinanzrahmengesetz aufgenommen wird. Das Budget für die Periode 2016 – 2018 soll, abgesehen von Inflationsabgeltung und Kollektivvertragserhöhung, nicht nur die Investitionen in Bauten- und Geräteinfrastruktur, sondern auch die kapazitätsorientierte Studienplatzfinanzierung ermöglichen. Allein für Letzteres werden in der ersten Ausbaustufe noch weitere 330 Millionen Euro pro Jahr gebraucht: „Etwas ande-

res macht keinen Sinn“, sagte Schmidinger. Um die internationale Konkurrenzfähigkeit zu garantieren, seien zusätzliche Ressourcen für die Großforschungsinfrastruktur notwendig.

In Bezug auf das Lehrerdienstrecht verwies Uniko-Generalsekretärin Elisabeth Fiorioli auf Mängel bei der Lehrerausbildung: „Derzeit ist nicht sichergestellt, dass der Master Voraussetzung für das Unterrichten ist.“ Lehrer sollen ja bereits mit einem Bachelor unterrichten können, von Mentoren in den Beruf eingeführt werden und binnen fünf Jahren den Master abschließen müssen. (ka)



Jetzt neu:  
HPV-Impfung gratis

In Österreich haben alle – vom Baby bis zur Oma – Zugang zu erstklassigen Gesundheitsleistungen. Das sorgt für Gerechtigkeit und eine sichere Zukunft. Informieren Sie sich noch heute über das breite Angebot. Denn was zählt, ist Ihre Gesundheit. Mehr auf [gesundheitsleistungen.at](http://gesundheitsleistungen.at)

Entgeltliche Einschaltung

wird zum neuen Brustgesundheits-Check eingeladen

kann sich auf sichere Medikamente verlassen

erhält als Selbstständiger jetzt Krankengeld

ist dank neuem Impfprogramm bestens geschützt

bekommt ab sofort eine Zahnspange zum fairen Preis im Zahnambulatorium

**Aus Verantwortung: für Ihre Gesundheit.**